Posener Zeitung.

№ 200. Dienstag den 29. August. 1848.

Inland.

Posen, den 28. August. Ein schöner Tag voll Lust und Leben, ein Tag von hoher politischer Bedeutung für das Deutsche Posen liegt hinter uns. Die freudig erwarteten Stettiner Gäste sind gekommen, haben gesehen, wie man hier denkt und lebt — und ein herzlicher Bruderbund zwischen den Gastfreunden ist die Folge dieses Besuches geworden, ein Bund, der hoffentlich ebenso fest und dauernd sein wird, wie die eisernen Bänder, die jetzt beide Städte aneinanderschließen, ohne deren Vermittlung ein ähnliches Fest nie zu Stande kommen konnte. Tausende strömten gestern seit frühem Morgen hinaus zum festlich geschmückten Bahnhof, Fußgänger im Sonntagsputz, Wagen und Reiter brachten ein buntes Leben in alle Straßen der Stadt, die dorthin münden; und damit diesem Bilde menschlicher Beweglichkeit auch die rechte Beleuchtung nicht fehle, schien eine helle Augustsonne vom wolkenlosen Himmel darauf hinab. Mit klingendem Spiel zog in langen Reihen die Bürgerwehr und das Freicorps hinaus zu festlicher Begrüßung und ordnete sich in langer Frontaufstellung vor dem Bahnhofe. Ihre militärische Geduld und Ausdauer wurde freilich hart auf die Probe gestellt, denn Stunde um Stunde verging, immer senkrechter trafen die Sonnenpfeile, und immer noch wollte der Telegraph das ersehnte Signal von der Annäherung des Zuges nicht geben. Ein Zustand peinlicher Ungeduld bemächtigte sich allgemach der schmerzlich harrenden Posener, die weithinaus zu beiden Seiten der Bahn vorgedrungen waren, ja schon regten hin und wieder sich leise Befürchtungen, als möchten die guten Posener wohl gar mit all ihren festlichen Vorkehrungen düpirt sein: — und Dampf rief es und donnerte es Dampf!! —

Da war alles Ungemach schnell vergessen und lautester Jubel begrüßte den eben sichtbar werdenden Zug. Und welch ein Zug, der größte, den wir noch hier gesehen! Zwei mit Fahnen und Laubgehängen reich geschmückte Lokomotiven, sinniger Weise die Germania und die Pomerania, führten die 28 kolossalen Waggons, aus denen so viel hundert frohe Gesichter herausblickten. Auf einem unbedeckten Sommerwagen zunächst hinter den Lokomotiven befand sich ein Musikcorps, dessen rauschende Klänge aber in dem allgemeinen Gejauchze und Getümmel ganz untergingen. Die letzten Wagen des Zuges brachten uns laut Ortstafel auch aus Stargard, Arenswalde, Woldenberg und Wronke viel muntere Gäste. Der Perron vermochte die Wagenreihe nicht zu fassen, weit ins Freie hinaus standen die Wagen. Die Fremden stiegen aus, sammelten sich auf dem Perron um die Fahnen ihrer Bürgerwehr und dort erfolgten nun die Begrüßungsanreden durch die Herren Barth und Küttner: schallender Tusch und dazwischen das lustige Bellen der Artillerie unserer Schützengilde. Alsbald aber drängten die Massen der Zuschauer der Stadt zu, auf allen Wegen wälzte sich ein dichter Menschenknäuel, in undurchdringliche Staubwolken eingehüllt. Das waren freilich nicht die erquickendsten Momente der Feier; doch wurde es schon besser, als nur erst das Straßenpflaster erreicht war. Von Tausenden und abertausenden geführt, umschwärmt, gefolgt, begab sich der eigentliche Zug in militärischer Ordnung und unter den hellen Klängen der verschiedenen Musikbanden durch die Berlinerstraße auf den Kanonenplatz; vorauf unsere Bürgerwehr und Schützengilde, dann die Stettiner, den Beschluß machte unser Freicorps. Vom Fenster aus gesehen, gewährte das Ganze einen ebenso originellen, wie imposanten Anblick. An den Kopfbedeckungen unserer Bürgerwehr erblickte man neben der Deutschen Kokarde zu Ehren der Gäste auch die Pommersche blauweiße. An weißen Atlasschärpen waren die Herren des Fest-Comité's kenntlich. Vom Kanonenplatze aus vertheilte sich dann die zahlreiche Gesellschaft nach verschiedenen Seiten hin, um nun auch die Bekanntschaft der Posener Küche zu machen. Im Casinolokale, wo nahe an 500 Fremde und Einheimische Platz gefunden hatten, würzten Frohsinn und gute Laune das Mittagsmahl. Nachdem unser Obrist v. Helldorf dem Könige und dem Königlichen Hause ein inniges und kräftiges Lebehoch gebracht hatte, demnächst das Preußenlied mit Begeisterung gesungen worden war, sprach Oberlehrer Elkon aus Stettin von der innigen Theilnahme, mit der die Stettiner die Posener Begebenheiten verfolgt; die Gefahr, in der ihre hiesigen deutschen Brüder geschwebt, in besorgtem Herzen empfunden, den Sieg der gerechten Sache begrüßt hätten. Er dankte den Posenern wiederholt für den freundlichen Empfang, namentlich dem vorigen Redner für Darreichung seiner einen tapferen Hand (Obrist v. Helldorf, zweiter Kommandant der Festung, ein braver und reich dekorirter Offizier, den wir mit Vergnügen an der Spitze des Fest-Comité's sahen, hat im Kriege den einen Arm verloren) und hoffte die Sympathieen der Stettiner mit den Gefühlen der Posener nicht besser bekunden zu können, als durch den Toast auf Vater Steinäcker. Nur durch Krankheit war dieser Letztere, wie auch Obrist von Helldorf der Gesellschaft mittheilte, von der Theilnahme an der Feier abgehalten worden. Einen wahren Begeisterungssturm erregte Arndt's Vaterlandslied, und dies gab dem Dr. Barth Gelegenheit, in etwas längerer Rede auf die völkergeschichtliche Bedeutung der Eisenbahnen hinzuweisen. Er schloß etwa mit den Worten: Da wir leider die Stargard-Posener Eisenbahn-Direction nicht in unserer Mitte haben, um ihr unseren Dank abstatten zu können, so lassen Sie uns nun darauf trinken, daß wir ihr Geschenk wacker benutzen, d. h. nicht allein zur Vereinigung der Stettiner und Posener Bürger, sondern zur Verbrüderung aller Deutschen Stämme. Diese Verbrüderung sie lebe hoch! — Toaste folgten auf Toaste im weiteren Verlaufe der Mahlzeit, so namentlich auch einer auf unsere Bürgerwehr und deren Commandanten. Am Nachmittage wurden unseren Gästen vom zweiten Commandanten in Person die sehenswerthen, in ihrer Art gewiß einzigen Werke des Fort Winiary gezeigt, wornach sie es dann nicht mehr weit hatten bis unter die alten Baumgruppen des Schilling, aus deren melancholischem Dunkel in schönem Contrast bis zum späten Abend Musik, Rede und Gelächter um die Wette schallten. Die treffliche Kapelle des Musikmeisters Winter (vom 5. Regiment) führte das Concert aus; die Sammlung an den Eingängen, für die Deutsche Flotte bestimmt, schien sehr ergiebig auszufallen. Für die Bequemlichkeit unserer Gäste hätten wir freilich noch so Manches zu wünschen gehabt, doch werden sie den guten Willen und die herzliche Meinung gewiß nicht verkannt haben, wie wir denn auch vielfach gehört haben, wie sie sich in jeder Beziehung durch diesen Tag befriedigt, ja überrascht erklärten. Abends um 9 Uhr trat das Gros die Rückfahrt an, so manche von den Gästen aber zogen es vor, die Nacht hier sich auszuruhen und erst am nächsten Tage heimzukehren.

△ Berlin, den 26. August. Die Lage der Dinge wird täglich ernster und es ist Pflicht, sie mit vollster Klarheit aufzudecken, damit das Land und das Gouvernement nicht durch die Ereignisse überrascht werden. Ist es wirkliches Verkennen der Verhältnisse oder ist es Zaghaftigkeit, was auch den Theil der Presse, welcher sonst der Ordnung geneigt ist, mit halben Worten über die Fragen des Tages hinwegschlüpfen läßt? Immer und immer erklärt man die Bewegung für ungefährlich und unbedeutend! Sie ist es nicht! Wir haben es nicht mehr mit zufälligen, unerheblichen Zusammenrottungen zu thun, nein, — sprechen wir das Wort entschlossen aus, — wir befinden uns am Anfange des Bürgerkrieges, und die seit Wochen sich täglich auf den Straßen wiederholenden abendlichen Versammlungen stellen wohlberechnete Vorpostengefechte dar. Es giebt eine Partei, welche auf den Umsturz des Bestehenden hinarbeitet. Heute sagt sie zwar nur, sie wolle das Ministerium stürzen, aber ihre Pläne gehen weiter, sie gehen gegen alles Bestehende, gegen die Monarchie; gegen die Familie, gegen das Eigenthum! — Daß sie die Republik wollen, gestehen sie ja in Wort und That, ja sogar durch Vortragen und Anlegen der republikanischen Blutfarbe ein. Daß ihnen das Eigenthum, — wenigstens das Anderer ein Dorn im Auge, ein höchst schändliches Institut ist, ja selbst als Diebstahl gilt, verkünden sie und ihre Glaubensgenossen seit Jahren, und noch am 21. August hat ein Redner die „elenden Bourgeois", worunter nur die Besitzenden zu verstehen sind, als die wahren Freiheitsmörder und als die nothwendigen Opfer der erstehenden wahren Freiheit bezeichnet.

Daß es den Leitern jener Partei nun wirklich Ernst mit ihrer Lehre sei, glaube Niemand! Es ist ihnen nur Ernst, die Zügel der Macht und das Vermögen des Staates in ihre Hände zu bekommen, und da im geregelten Wege dazu keine Aussicht vorhanden ist, so suchen sie andere Wege und Mittel. Das leichteste finden sie in der Unterstützung der mechanischen Arbeiter. Hier ist es leicht, eine Armee sich zu bilden, und mit Gewalt dem unverständigen Lande Talente zu Herren aufzuzwingen, die unverantwortlicher Weise bisher keinen andern Wirkungskreis als den des Straßen-Krawalls gefunden haben.

Sind die Herren erst am Ziele ihres Strebens, so werden sie unzweifelhaft die Unausführbarkeit ihrer dem Volke gegebenen Verheißungen einsehen, und wie ihre würdigen Vorbilder in Paris dessen dringende Mahnungen mit Kartätschen beantworten. Leider aber ist ein solches Verständniß der Dinge unter den mißleitenden Arbeitern nicht vorhanden, ja es fehlt sogar — und das ist ein ernster Vorwurf für alle übrigen Bürger, — es fehlt an Bemühungen, die Arbeiter über die wahren Absichten ihrer Propheten und Schmeichler aufzuklären. Bei dem Verlockenden endlich, welches die neue Lehre dem armen Arbeiter bietet, und bei dem Drange der in so bewegter Zeit Jeden nach Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten streben läßt, ist es kein Wunder, daß die Partei seit den Märztagen große Ausdehnung gewonnen hat, und nach den Vorgängen der letzten 8 Tage scheint es, daß höchst betrübende Ereignisse bevorstehen.

Wir haben schon oben angedeutet, daß die Leiter der Partei nothwendig auf gewaltsame Mittel zu ihrer Karrière denken müssen, denn im konstitutionellen Wege werden sie die vernünftige Majorität des Volkes ewig gegen sich haben. Diese gewaltsamen Mittel sind aber nicht nur von ihnen vorbereitet, sondern bereits mehrfach dem Lande angekündigt, und theilweise in Ausführung gebracht worden. Es gehören zunächst dahin: die allabendlichen Versammlungen unter den Linden. Wie man für dieselben sich auf das Vereinigungsrecht berufen kann, ist dem gewöhnlichen Menschenverstande geradezu unbegreiflich. Sie haben auch keinesweges den Charakter eines politischen Vereins, sondern den einer organisirten Emeute. Verbreitung von Unruhe in der Stadt, Herausforderung der Behörden, Verhöhnung und Ermüdung der Beamten, selbst Herbeiführen von Excessen der letzteren, um dann scheinbare Ursache zur offenen Revolte zu haben, — das sind die leicht durchzuschauenden Absichten, welche diese Versammlungen entstehen ließen. Seit einigen Tagen scheinen die Führer mit der Organisation derselben zu Ende und mit der Fertigkeit der dabei Beschäftigten zufrieden zu sein, denn sie zeigen sich nicht mehr dabei, sondern nur eine Anzahl Gesellen und Lehrburschen erscheinen zur gewöhnlichen Stunde.

Was nun die nächsten Absichten der Umsturz-Partei betrifft, so gehen dieselben, soweit sie öffentlich unter den Zelten und in freien eigenen Plakaten angekündigt sind, auf einen Straßenkampf. Freilich ist vorläufig noch dieses Aeußerste nur für den Fall angedroht worden, daß die Nationalversammlung das Gesetz über die Attroupements genehmigen sollte, aber sollte diese Drohung wirken, so wird sich bald ein anderer Grund finden. Daß man auf blutigen Kampf losgeht, ist klar. Der Bürgerwehr wird in einem gestern verbreiteten Anschlage geradezu Vernichtung gedroht, wenn sie sich nicht der Partei anschließen, d. h. noch länger für Ordnung, Königthum, Familie und Eigenthum einstehen würde.

Ferner scheint ein hiesiges bewaffnetes Korps unbedingt der radikalen Partei sich zur Verfügung gestellt zu haben. Dabei wäre es wünschenswerth, vom Kommando der Bürgerwehr darüber Auskunft zu erhalten, ob wirklich — wie behauptet wird, — das Korps der Maschinenbauer vorgestern ohne Befehl sich Abends bewaffnet aufgestellt habe und unter den Linden auf- und abmarschirt sei. — Wäre das Gerücht gegründet, so müßte doch nothwendig das Korps aufgelöst werden, was überdies, gleich allen übrigen sogenannten fliegenden Korps auf einem separatistischen, ganz undemokratischen Principe ruht.

Ferner soll von jener Seite der Ankauf von Waffen und Munition ernstlich betrieben werden, und namentlich seit gestern mit einem hiesigen Hause über Lieferung mehrerer Centner Blei unterhandelt werden. Ob endlich das in den Tagesblättern erwähnte Gerücht, wonach ein Herr einen geheimen Klubb errichtet habe, dessen Mitglieder durch Eidschwur sich verpflichtet haben, mögen die Behörden feststellen.

Alle diese Umstände zusammengenommen, können wir die Bewewegung nicht

für eine unbedeutende halten, glauben vielmehr, daß die Partei zu weit gegangen ist, und daß sie dem Kampf ausweichen könnte, ohne für immer allen Kredit bei den Ihrigen zu verlieren. Die Situation hat eine frappante Aehnlichkeit mit den Juni-Tagen in Paris. Wie dort Hr. Clément-Thomas von der Tribüne herab, so kündigen auch wir den bevorstehenden Kampf an.

Gern wollen wir mit dieser Prophezeihung uns getäuscht haben! Aber wir fürchten, daß die Dinge auf einem Pnnkte sind, wo die Parteien unaufhaltsam vorwärts müssen. Der jetzige Zustand von Spannung ist unerträglich geworden, es muß eine Krisis kommen.

Tritt sie ein, dann mögen Alle sich klar bewußt sein, daß es gilt
das Königthum, das Eigenthum, die Familie und das eigene Leben zu retten,
denn die kommunistische Republik wird und muß den Boden mit dem Blute der „elenden Bourgeois" düngen, um die von ihr geträumte Freiheit zur Blüthe zu bringen.

Münster, den 23. August. Der Rückschlag gegen den Ultramontanismus, der vor Kurzem sein Haupt so gewaltig erhob, erfolgt auch in unserer Provinz auf höchst energische Weise und wendet sich auch besonders gegen die leidenschaftlichen Angriffe, denen unser Ober-Präsideut ausgesetzt war. Von allen Seiten gehen zahlreiche Petitionen an das Staats-Ministerium nach Berlin, die ihren Abscheu gegen die Fischer'sche Adresse ausdrücken. So aus Kappeln, Lengerich, Lede, Latbergen, Lienen und anderen Orten, aus dem Tecklenburgischen, aus Dortmund, Hamm u. s. w. Ich theile nur eine aus Tecklenburg am 16. August abgesandte und mit mehreren Hunderten von Unterschriften bedeckte Adresse mit.

Hohes Staats-Ministerium! Nach einer Mittheilung der Kölner Zeitung wird zu Münster stark gegen den Oberpräsidenten der Provinz agitirt. In mehreren dortigen Gasthäusern soll eine Adresse zur Unterschrift ausgelegt sein, welche schleunigste Amtsentlassung des Oberpräsidenten fordert und diese Forderung durch folgende Behauptungen zu begründen sucht. — 1) Es habe Herr Oberpräsident Flottwell den katholischen Glauben, die katholische Kirche und ihren Priesterstand in einem Antrage an die Reichsversammlung zu Frankfurt beschimpft. 2) Deshalb und wegen seiner früheren Wirksamkeit sei Hr. ꝛc. Flottwell, der nie das Vertrauen hiesiger Provinz besessen habe, unfähig, länger Vorsteher derselben zu sein. — Wenn wir auch hoffen, daß ein hohes Ministerium kein zu großes Gewicht auf eineu Antrag legen werde, dessen Form und Begründung beweisen, daß er unter dem Einflusse leidenschaftlicher Erregung gestellt ist, so fühlen wir uns doch als Deutsche Männer und Angehörige der Provinz Westphalen verpflichtet, ihm ausdrücklich und auf das Entschiedenste entgegen zu treten.

Nicht als Ober-Präsident, sondern als Abgeordneter hat Hr. Flottwell den bekannten Gritzner'schen Antrag gegen die gezwungene Ehelosigkeit des katholischen Priesterstandes unterschrieben.

Weit entfernt, uns zu Vertheidigern dieses Schrittes aufwerfen zu wollen, den wir vielmehr bedauern, weil er das religiöse Gefühl vieler unserer Mitbrüder empfindlich berührt hat, müssen wir doch laut gegen die in der Münsterschen Adresse gewagte Auffassung desselben protestiren.

Wenn ein Volksvertreter sein Recht zur Antragstellung übt, so muß vorausgesetzt werden, daß er solches nur thut, um seine Pflicht zu erfüllen und das Wohl der von ihm Vertretenen nach bester Ueberzeugung zu fördern.

Eine höchst gefährliche Beschränkung freier Meinungsäußerung unserer Abgeordneten würde darin liegen, wenn Erstere nicht blos als Beschimpfung der unangenehm von ihr Berührten aufgefaßt, sondern sogar als Mittel zur Bewirkung der Amtsentsetzung angewandt werden dürfte.

Indem wir im Interesse der vernünftigen Partei und der Gerechtigkeit dagegen Verwahrung einlegen, sprechen wir zugleich unsere Ueberzeugung dahin aus, daß, wie wir unseren Ober-Präsidenten kennen, ihm nichts ferner liegt, als absichtliche Beleidigung einer christlichen Religionspartei.

Entschieden müssen wir ferner leugnen, daß Herr Flottwell das Vertrauen Westphalens nie besessen habe. Im Tecklenburgischen wenigstens genießt derselbe noch in diesem Augenblick große Hochachtung und Liebe.

Rasch erwarb sich unser Oberpräsident dieselbe durch seine väterliche, erfolgreiche Fürsorge im Jahr 1846, steigerte sie durch seine eifrige Verwendung für Verbesserung der landwirthschaftliche Zustände, besonders unserer Haidegegenden und sicherte sie durch seine nachhaltige, bei jeder Gelegenheit auch örtlich bekundete Theilnahme an Förderung alles Guten, Schönen und Nützlichen! Einzelne der Unterzeichneten hatten Gelegenheit, den Charakter des edlen Angegriffenen näher kennen zu lernen.

Als Grundzüge desselben sind ihnen Eigenschaften erschienen, welche der Westphale mit Stolz als Stamm-Errungenschaften anspricht: Männlichkeit, Biedersinn, Treue, ungeschminktes Wohlwollen! Möge Vorurtheilsfreiheit dies anerkennen.

Wir schließen mit der dringenden Bitte, den Herrn Flottwell in seiner bisherigen Stellung hochgeneigtest schützen zu wollen. (Unterschriften.)

Frankfurt a. M., den 22. August. (63. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung.) Nach eröffneter Berathung über Art. III.*) spricht zuerst Weißenborn für die Trennung der Kirche vom Staate. Philipps: die konfessionellen Streitigkeiten seien an sich kein Unglück; aber daß sie zu politischen Zwecken mißbraucht würden, das sei der Wurm, der an Deutschlands Einheit nage. Die heiligste Aufgabe der National-Versammlung sei es, den Frieden auf dem confessionellen Gebiete herzustellen. Der westphälische Friede sei nur ein Scheinfriede gewesen; der Frankfurter Friede werde hoffentlich von längerer, von ewiger Dauer sein. Er verlangt Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Die Kirchengewalt sei im 16. Jahrhundert von den Fürsten usurpirt worden, sowohl in der katholischen als in der protestantischen Kirche; diese Gewalt des Staats greife in die Gewissen ein. Man müsse alle Konfessionen völlig freigeben; dadurch allein werde man Einheit stiften. — Biedermann erklärt sich für Unabhängigkeit der Kirche vom Staat und des Staats von der Kirche und glaubt, daß die Freiheit des Gedankens den geistigen Kampf ohne Bedenken aufnehmen könne. Das Prinzip müsse aber rein durchgeführt, nach beiden Seiten mit gleicher Wage gemessen werden. Wenn die Kirche unabhängig sein solle, dann dürfe auch nichts übrig bleiben, wodurch sie wieder in den Staat und das Freiheitsgebiet des Bürgers eingreifen könne. Sie dürfe den Staat eben so wenig mehr zu ihren Zwecken, als dieser sie zu den seinigen benützen. Der einfachste Begriff von Staat und Kirche weise auf Trennung beider hin. Wo sie getrennt, da sehe man das politische Leben in seiner vollen Kraft, das religiöse Leben in seiner vollen Innigkeit. Der Staat solle die kirchlichen Angelegenheiten der öffentlichen Meinung und dem Gewissen der Gemeinden überlassen. Dem Staat würden zurückgegeben werden müssen: die Ehe, die Civilstandsregister, der Eid in seiner bürgerlichen Bedeutung; der Kirche und dem religiösen Leben werde zukommen: volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, gemeinschaftliche Andacht, Bildung der Religionsgesellschaften und deren Selbstverwaltung, jedoch nicht als priviligirte Corporationen. Dem Staate müsse auch die Schule verbleiben, wo sie nicht selbst Religionsgesellschaft sei. Paur von Neisse: Wenn die Kirche als eine mittelalterliche, mit Gewalt ausgerüstete Institution, selbst als Staat auftrete, dann dürfe sie nicht unabhängig sein; der Staat müsse ihr kräftig entgegentreten können. Er (Redner) würde sich für die Freiheit der Kirche erklären, wenn diese sich aussprechen wollte als Garantie des innern religiösen Lebens, als bloße religiöse Genossenschaft. Als Religionsgesellschaft müsse sie ihre innern Angelegenheiten frei ordnen können, und stehe unter derselben Obhut, wie jede Gesellschaft. Aber der Staat solle sich nicht selbst zu einer religiösen Anstalt erheben und auf den Standpunkt einer bevorrechteten Kirche stellen; er müsse freistehen, um parteilos sein zu können. Es solle keinen sogenannten christlichen Staat mehr geben: dieser erschiene der That nach als ein wahrhaft unchristlicher Staat. Jordan von Marburg: die Emanzipation des Menschen, das sei die Frage. Früher war der Mensch in zwei Institutionen untergegangen, dem Bürgerthum und dem Kirchenthum. Ersteres nahm ihn dergestalt in Beschlag, daß er zuerst Bürger und dann erst Mensch war. In der Kirche wurde ihm das Denken verboten und zum Verbrechen gemacht. Gegen dieses Streben war die Reformation gerichtet: aber die Befreiung war nur eine theilweise; man befreite die religiösen Ueberzeugungen von der Gewalt Roms, um sie der Gewalt des Staats zu unterwerfen; man entriß sie der Scilla, um sie der Charybdis zuzuschleudern. Glauben Sie — fragt der Redner — daß, wenn die Trennung des Staats von der Kirche geschehen sein wird, der Friede hergestellt, die Gewissens- und Denkfreiheit, gewahrt sein werde? Wird die katholische Kirche ihre Genossen freigeben und durch ihre Dogmen weniger auf die Andersdenkenden drücken? Kann Friede bestehen, so lange das Dogma von der alleinseligmachenden Kirche herrscht? So lange zwei Gewalten nebeneinander bestehen, ist kein Friede. Die Kirche muß fallen als äußere Gewalt, als Macht über die Gewissen. In der protestantischen Kirche ist es eben so, wie in der katholischen. Man strebt nach Befreiung der Kirche. Was verstehen sie unter der Kirche? Die Klerisei ist die Kirche. Die übrigen sind die Schafe; die werden bloß geleitet. Es komme darauf an, die eine der beiden Gewalten, die jetzt neben einander ständen, zu zertreten; sie müsse vernichtet werden. Die höchste Gewalt könne nur Eine sein, und diese sei die Staatsgenossenschaft; neben dieser dürfe keine äußere Gewalt bestehen, die eine zwingende Macht habe und eingreifen könne in die Verhältnisse. Die Frage sei also nicht, wie die Kirche vom Staat zu trennen, sondern wie der Staat die Gewalt, die ihm von Gott und Rechts wegen gehöre, aus den Händen der Kirche zurückerhalten könne, damit wahre Gewissensfreiheit bestehe und die Religion wirklich frei sei. Jeder müsse beim Staate Schutz finden können gegen die Verfolgungen seiner Kirche. Zwei Dinge müsse der Staat sich vorbehalten: daß jeder Unterthan in irgend einer Confession erzogen werde und daß die Religion niemals mißbraucht werde zur Umgehung einer Staatspflicht. Die Kirche müsse übergehen in eine Religionsgenossenschaft. Dann erst sei der Staat gesichert, daß eine fremde Gewalt nicht mehr den Menschen von seinem hohen Zweck ablenke und ihn etwa gar gegen den Staat aufreize. Die Kirchengewalt als solche müsse untergehen, und die Staatsgewalt als wahre, selbstständige, unabhängige Gewalt erstehen, die dann auch die Einzelnen bei ihrer wahren Gewissensfreiheit zu schützen im Stande sei. — Plathner begründet zwei Verbesserungs-Anträge. An die Stelle des §. 14: Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht, schlägt er vor: „Die Vereinigung zur Erreichung religiöser Zwecke, namentlich die Bildung neuer Religionssecten, ist nach den allgemeinen Gesetzen über Vereinigung überhaupt zu beurtheilen," und an die Stelle des Satzes im §. 13. den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe (das religiöse Bekenntniß) keinen Abbruch thun, würde er, da dieser Satz sich nur negativ ausdrückt, positiv sagen: „Wer unter Berufung auf sein Gewissen die Erfüllung einer staatsbürgerlichen Pflicht verweigert, hat keinen Anspruch auf den Genuß des vollen staatsbürgerlichen Rechts." — Welcker fragt, was man unter Unabhängigkeit der Kirche vom Staate verstehe. Solle die Kirche wieder souverain sein und über dem Staate stehen? Er will die Unabhängigkeit der Kirche, wenn sie in Deutschpatriotischem Sinne gemeint sei; wenn aber eine auswärtige Kirchengewalt mit ins Spiel komme, dann sei sie bedenklich. Das jus circa sacra müsse beibehal-

*) Artikel III. §. 11. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. §. 12. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen. §. 13. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt, noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. §. 14. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

ten werden zum Schutze der Freiheit der Bürger. Auch in der protestantischen Kirche gebe es Uebergriffe. „Wollen Sie" — fragt er — „als Grundrecht dem Deutschen Volke die Jesuiten bringen? Gewiß verstehen Manche unter Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate nur das Recht, uns morgen die Jesuiten und Klöster wieder zu bringen. Lassen Sie uns friedliche Wechselwirkung zwischen Kirche und Staat als Prinzip aussprechen, aber Unterordnung jeder Gesellschaft, also auch der Kirche, wo sie das bürgerliche Leben bedroht. Vogel von Dillingen erklärt die Schilderung der katholischen Kirche durch Jordan für ein Zerrbild. Allein selig machend nenne sich die Kirche nur insofern, als sie durch Liebe wirke. Der Redner erklärt sich für Unabhängigkeit der Kirche vom Staat und des Staats von der Kirche, aber auch für deren wechselseitiges Zusammenwirken. Ein Pfaffenregiment, das in das Weltliche eingriffe, wäre eine Schande, aber die Bildung kirchlicher Genossenschaften müsse Allen freistehen. Er verhehle sich nicht die bösen Folgen, die es haben könne, und daß besonders in seiner Gegend viele Sekten entstehen würden; allein das Prinzip der Freiheit stehe ihm über Alles. Das Amalgamiren der Kirche mit dem Staat untergrabe die politische und religiöse Freiheit. In allen bürgerlichen Verhältnissen gebühre dem Staate Gehorsam; nur wo er das geistige Wesen, die Religion angreife, gelte der Spruch: man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. — Diringer verlangt Unabhängigkeit der Kirche vom Staat in dem Sinne, daß Dasjenige, was im Polizeistaat Alles beengte und drückte, auch für das heiligste und innigste Verhältniß, das religiöse, aufgehoben werde. (Vertagung.)

München, den 21. August. Heute früh las man an den Straßenecken einen Anschlag folgenden Inhalts: „Im Namen des Bairischen Volkes fodern mehre Bürger Münchens sämmtliche hier anwesende Staatsbürger auf, heute sich im Rathhause zu versammeln, um sich zu berathen und dann zu überzeugen, ob sich der ganze Staatsschatz noch hier in der Residenz (Schatzkammer) befindet und laut Inventare nichts abgeht, da derselbe eingepackt oder schon weggebracht sein soll." Dieser Anschlag wurde sofort wieder abgerissen, wie man allgemein sagt, von der Gendarmerie; an einigen Straßenecken war aber das Publikum bei dem Lesen und Abschreiben so zahlreich versammelt, daß das Abreißen nicht stattfinden konnte. Man kann sich denken, daß der ganze Vorfall nicht geringe Aufregung verursachte, sowie daß, wenn nicht eine befriedigende officielle Erklärung erfolgt, die Versammlung auf dem Rathhause jedenfalls stattfinden wird. — Nachschrift. Eben wird folgende Bekanntmachung des Magistrats an den Straßenecken angeheftet, an vielen Orten aber vom Volk abgerissen: Durch höhere Entschließung vom Heutigen sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß das wegen Entfernung des Hausschatzes verbreitete und durch öffentliche Anschläge unterstützte Gerücht vollkommen grundlos sei, und die Versicherung gegeben werden könne, daß der Schatz unberührt und in seinem ganzen frühern Bestande vorhanden sei. Der Magistrat vertraut zu den guten Gesinnungen der Bürger- und Einwohnerschaft der Stadt München, solchen Ausstreuungen kein Gehör zu geben.

Hamburg, den 18. August. Nachdem die von den sieben verbundenen Vereinen gewählte Deputation gestern vom Senat auf heute wieder bestellt war, versammelte sie sich in dem Rathhause um 2½ Uhr und kam nach der Tonhalle, wo ihre Mandanten sie erwarteten, um 3 Uhr mit der Antwort: der Senat habe in ihr Begehren, einer konstituirenden Versammlung durch Urwahlen, und wo weder er noch erbgesessene Bürgerschaft als solche mitwirke, gewilligt. Diese Botschaft wurde mit großem Jubel aufgenommen. Dr. Rée theilte solche der vor der Tonhalle wartenden Menge aus dem Fenster mit, und wurde mit Hurrah begrüßt. Es wird nun von den Wahlen abhängen was für eine Verfassung wir bekommen. Jedenfalls scheint die Gleichstellung der Juden gewiß, da zwei Mitglieder der Deputation, Dr. Wolffsohn und Dr. Rée, sich zum Mosaismus bekennen. (Die im Frankfurter Parlament bereits ausgesprochene, politische Gleichstellung aller Confessionen wird doch wohl ohnehin sich gegen die Zähigkeit eines Frankfurter und Hamburger Senats Bahn zu brechen die Kraft haben.)

Von der Eider, den 20. August. In Folge der Maßregel, vermöge deren der Herzog und der Prinz von Augustenburg ihrer Dänischen Orden für verlustig erklärt wurden, ward von Beiden kraft Schreibens des Ordenskanzlers Stemann die Rücksendung der betreffenden Decorationen verlangt. Wie man sagt, hat der Prinz Friedrich sogleich dieser Aufforderung Folge geleistet, der Herzog jedoch soll die ihm zugegangene desfallsige Communikation für unverbindlich erklärt und nicht weiter beachtet haben, da sie der Unterschrift des Königs ermangle. Ueber die Stellung dieser beiden fürstlichen Personen nach Abschluß des Friedens verlautet noch nichts Näheres, doch soll dieselbe einen eignen, vielleicht für eine Verständigung nicht leicht zugänglichen Theil der Verhandlungen bilden. (H. C.)

Wien, den 23. August. Es cirkulirte hier in den letzten Tagen ein Gesuch um Auflösung der Studentenlegion; Dr. Vivenot hatte die Legion beim Ministerium förmlich republikanischer Tendenzen angeklagt und machte das Ministerium, wenn es nicht die Auflösung der Legion befehle, dafür verantwortlich. Doblhoff beeilte sich, das Studenten-Comité direkt zu befragen, ob jene Gesinnungen, welche in einer Aula-Versammlung herrschten, wo Dr. Schütte sprach und dem Republikaner Hecker ein Lebehoch ausgebracht worden war, auch die der Studentenschaft im Allgemeinen seien, worauf das Comité entschieden verneinend antwortete. Dabei wird es nunmehr sein Bewenden haben. Die Studentenlegion wird nicht aufgelöst werden, da sie unter dem Schutze einer allerhöchsten Entschließung selbst steht und durch ihre bisherige Haltung keinen eigentlichen Grund zur Auflösung gegeben hat. — In der heutigen Reichstagssitzung ereignete sich nichts Bemerkenswerthes. Gestern kam noch ein Antrag des Abg. Löhner zur Vorfrage, welcher die Aufhebung des Adels für die Zukunft zum Gegenstande hatte. Es sollte nämlich in Zukunft kein Adels-Titel mehr gewährt und von den bisherigen Titeln bei keiner Gelegenheit von Staatswegen Notiz genommen werden. Bach versicherte, daß bis zur Entscheidung der Kammer kein neuer Adelstitel werde verliehen werden. — Die Nachrichten aus Ungarn lauten sehr trübe, und man sieht einem hartnäckigen Kampfe entgegen. — Eben hört man, daß auf dem Nordbahnhofe und im Prater bedeutende Arbeiterunruhen ausgebrochen sind. — Reisende, welche heute Nachmittags aus Wien hier angekommen sind, melden uns, daß ein Theil der dortigen Arbeiter gestern Nachmittag einen neuen Versuch gemacht hat, um die von der Behörde dekretirte Herabsetzung des Tagelohnes von 20 auf 15 Kr. mit Gewalt wieder rückgängig zu machen. In der Leopoldstadt rotteten sich dieselben zuerst zusammen. Die Anfangs gegen sie ausgeschickten Piquets der Municipalgarde mußten sich bald zurückziehen, da der Haufe der Tumultuanten zu groß war und sich gleich zu ernstlicher Gegenwehr anschickte. Darauf wurde die Nationalgarde allarmirt, welche sich auch bald einfand und im Sturmschritt gegen die Aufrührer marschirte. Die Arbeiter wichen jedoch nicht, sondern empfingen die anstürmenden Colonnen der Garde mit einem Steinhagel; ja mehrere feuerten sogar Schüsse auf dieselben ab. Erst nachdem letztere einige Salven gegeben hatte, wobei mehrere Arbeiter gefallen und viele verwundet sein sollen, zogen sich dieselben zurück und begaben sich in den Prater, wo sie sich festsetzen zu wollen schienen und auf die nachrückenden Bataillone der Nationalgarde beständig Schüsse abfeuerten. Die inzwischen in Masse angelangte Nationalgarde ging nunmehr von zwei Seiten zum energischen Angriffe über und zerstreute dadurch in kurzer Zeit den ganzen Haufen. Todte und Verwundete soll es dabei in Menge gegeben haben. Gegen 6 Uhr Abends war die Ruhe vollständig wiederhergestellt und kein Aufrührer mehr zu sehen. Von der Nationalgarde sollen übrigens ebenfalls Mehrere schwer verwundet sein. (Schl. Ztg.)

Wien, den 25. August. Die Ruhe und Ordnung ist wieder vollkommen hergestellt; übrigens hegt man die Befürchtung, daß Sonnabends, als dem Tage, wo der Arbeitslohn der Woche ausgezahlt zu werden pflegt, sich ähnliche Unruhen in noch größerem Maßstabe ereignen können. Es sind deshalb bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen worden. — In den politischen Kreisen circulirt hier allgemein das Gerücht, daß der Minister Wessenberg bei seiner Ankunft vom Hofe beauftragt worden sei, ein neues Ministerium zusammenzusetzen, indem das Ministerium Doblhoff sich vom Sicherheitsausschusse leiten lasse (?) und überhaupt keine Garantie für die endliche Herstellung der Ruhe und Ordnung darbiete. Dieses Ansinnen wurde von Wessenberg vorläufig abgelehnt; indeß vermuthet man nicht ohne Grund, daß das energische Auftreten gegen die unruhigen Arbeiter zunächst darin seinen Erklärungsgrund finde. Es mußte Proben der Stärke in diesem kritischen Momente ablegen, um gegenüber der Majorität des Reichstags, die sich jetzt täglich mehr als eine conservative herausstellt, zu bestehen. Da nämlich ein Ministerium von scharf ausgesprochener conservativer Färbung, z. B. das vielfach erwartete Stadion'sche, der Majorität gleichfalls gewiß sein konnte, so sah sich Doblhoff in die kritische Lage versetzt, auf die bisherige Unterstützung der äußersten Linken zu verzichten und sich dafür aus dem Centrum namhaft zu verstärken, eine Taktik, die im ganzen sehr wohl gelang. Dies zeigte sich heute bei Gelegenheit einer Interpellation des Abg. Umlauft, der wegen der bekannten Vorfälle am 23sten d. den Minister des Innern noch einmal aufforderte, sich über das Benehmen der Nationalgarde, des Gemeindeausschusses und in Betreff der Stellung des Ministeriums zu der akademischen Legion entschieden zu erklären. Da die Interpellation in sehr lebhaftem, beinahe aufgeregtem Tone geschah, so erwiederte Doblhoff in ähnlicher Weise beiläufig folgendes: „Die Nationalgarde hat geschossen, weil auf sie geschossen ward, das ist ein constatirtes Faktum. Es ist Blut geflossen und ich bedaure dieß sehr, allein die Verantwortlichkeit dessen fällt nicht zuerst auf die Nationalgarde, sondern auf die Häupter derjenigen, welche sich unter die Arbeiter mischten, um sie aufzuwiegeln. (Ein Jägerjunge soll diese Schüsse abgefeuert haben und ein Börsen-Spekulant Namens Ambarg ist als Aufhetzer gefänglich eingebracht.) „Was den Gemeindeausschuß betrifft, so meldet er eben, daß er sich auflösen und auf Grundlage einer verbesserten volksthümlichen Wahlordnung erst wieder zusammentreten wolle. Fragen Sie schließlich die akademische Legion, wie wir mit einander stehen, und der letzte Theil Ihrer Frage wird sich von selbst beantworten." Die abgegebene ministerielle Erklärung errang einen enthusiastischen, nicht enden wollenden Beifall. Umlauf wollte repliciren, allein die Kammer gestattete es nicht, und es wurde zur Tagesordnung übergegangen. Mit Befriedigung wurde noch von Seiten des Arbeitsministers vernommen, daß künftig bei öffentlichen Bauten und Arbeiten größere Unternehmer nicht mehr bevorzugt werden sollen.

— Seit dem gestrigen Zusammenstoß der Nationalgarden mit den Arbeitern, welche zum Theil mit Gewehren, zum Theil mit Hacken und Schaufeln bewaffnet waren, hat die Erbitterung der Studenten, die sich schon gestern deutlich gegen die Garde zeigte, sehr zugenommen. Nachts füllte sich die Aula mit Studenten und ihren Führern, welche unter wildem Geschrei die schändlichsten Gerüchte gegen die Nationalgarde ausstreuten. Andererseits sind die Studenten allgemein im Verdacht, den Arbeitern die Waffen gegeben zu haben. Es sind deshalb mehrere festgenommen worden. Das Ministerium hatte bis spät in die Nacht Conferenz und entschloß sich endlich zur Auflösung des Sicherheits-Ausschusses, dessen Mitglieder gestern noch unter den Arbeitern wühlten. Heute erschien ein Plakat des Ministeriums, nach welchem es die exekutive Gewalt allein unter sich stellt, so daß man heute sagen könnte: „Wir haben endlich eine Regierung!"

— Am 18. langten für die hiesige Münze wieder 234 Ctr. Silber an.

— Alle wegen Preßvergehen anhängig gemachte Prozesse sind niedergeschlagen worden.

— Eingehenden Nachrichten aus Agram vom 21. zufolge war der vergötterte Banus Jellachich von seiner Inspektionsreise aus Karlstadt am 21. wieder dort eingetroffen. Das Likaner Grenz-Regiment folgt ihm auf dem Fuße. Der Banus hat neuerdings die Mobilisirung von 20,000 Grenzern der Likaner und Karlstädter Grenze angeordnet. Alles greift an dieser Grenze zu den Waffen. Zwei neue Feld-Batterien sind am 15. in Agram eingerückt. Die tapfern Vertheidiger von Peschiera, die Ottochaner Grenzer, stehen bei St. Ivan, und haben es sich vom Banus erbeten, die Avantgarde zu bilden. Man erwartet binnen wenig Tagen den Aufbruch der Armee, welche Ungarn vom Kossuth'schen Joch befreien soll.

Pesth, den 21. August. Fürchterlich ist die Mißhandlung der Serbischen Ortschaften, die die Magyaren besetzten, die Serbischen Geistlichen werden aus der Kirche geschleppt, zum Galgen geführt, und auf eine niederträchtige Art aufgehängt, die Häuser geplündert, die Männer gemordet, die Weiber und unschuldigen Kinder gespießt, in Földvar das Heiligthum der Serbischen Kirche profanirt, die Kirchenbilder mit den Bajonetten durchstochen, in der Kirche Feuer gemacht, gekocht, den Kelch, das Heiligste, besudelt, und Alles zertrümmert und entheiligt. Nur Serbische Freiheit klingt den Magyaren widrig, nur die Serben sind ihnen Räuberhorden, Raubgesindel, Aufwiegler, sie vergessen aber die großen Verdienste der Serben, vergessen auch die ersprießlichen Kriegsdienste des Serbischen Heldenvolkes. Als vor Jahrhunderten der Osmanische Coloß Ungarn mit Truppen überschwemmte, kämpfte das heldenmüthige Serbische Volk für die Existenz der Magyaren mit tapferem Muthe und Ausdauer. Ein schauderhafter Ausbruch ist daher von Seite der Serben unausweichlich, zuverlässigen Nachrichten ziehen neue Massen aus Serbien. Knitjanin ist bei Kubin mit 1000 Mann Cavallerie, 3000 wohlbewaffneter Serbianer herübergekommen, bei Orschova sind 6000, und haben mit Hilfe der Wallachen Lugos eingenommen, der Commandant der Hunsager Nationalgarde, St. Kiraly, hat sich von St. Thomas geflüchtet, da die Magyaren eine bedeutende Niederlage dort erlitten haben. Zufolge der durch den Ungarischen Commissär St. Kiraly und Oberst Bankony am 20. nach Pesth überbrachten offiziellen Nachricht, ist bei der Römerschanze eine große Schlacht vorgefallen, wobei die Aufständischen die Römerschanzen behaupteten, und die Magyaren aufs Haupt schlugen.

— Man scheint in Deutschland dem Votum des Ungarischen Reichstags, sich an Deutschland anzuschließen, zu viel Bedeutung beizulegen. Das Ganze ist nur eine der vielen Vornahmen, Beschlüsse und Rodomontaden, die in Ungarn an der Tagesordnung sind, aber stets auf dem Papiere bleiben und schon ihrer Natur nach nicht in Ausführung kommen können.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 23. Aug. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung bestieg Marrast den Präsidentenstuhl. Das Protokoll wird verlesen. Keine Einwendung. Niemand verlangt das Wort über die Tagesordnung. Die Versammlung nimmt daher die abgebrochene Debatte über die gütlichen Vergleiche wieder auf, die gestern durch Goudchaux's Erklärung im Namen des Minister-Conseils eine neue Wendung erhalten hatte. Dupont (Bussac), einer der Urheber der Vergleiche, liest einen neuen Paragraphen vor, der die Stelle des verworfenen vierten Artikels ersetzen soll. Derselbe enthält vorzüglich die Aenderung: „Sind Schuldposten streitig, dann soll nach Art. 498., 499. und 450. des Handels-Gesetzbuchs verfahren werden.“ Goudchaux, Finanz-Minister, läßt sich in eine Erörterung des Artikels nicht ein, sondern spricht über Vergleiche im Allgemeinen. Er beleuchtet frühere Epochen; weder die Restauration, noch die Juli-Revolution hätten zu solchen Gesetz-Verletzungen ihre Zuflucht genommen; wolle sich die Republik befestigen, so dürfte sie ihre Hand ebenfalls nicht an das Handels-Gesetzbuch legen und nicht dergleichen partielle Vorschläge genehmigen, die noch nur im Interesse eines Theils des Handelsstandes gemacht würden.... Jules Favre, unterbrechend: Das ist nicht zu ertragen! Goudchaux: Ich bin der Versammlung volle Aufrichtigkeit schuldig. Viele unter Ihnen, meine Herren, kennen die Präoccupationen nicht, denen der in Rede stehende Vorschlag speziell dient. (Lärm.) Benard: Der Minister nennt die Vergleiche eine revolutionaire Maßregel, weil sie die im Gesetz festgestellten Garantieen zerstöre. Weder die Restauration, noch das Juli-Königthum habe deshalb einen ähnlichen Vorschlag gewagt. Aber begreifen Sie denn nicht, daß die Februarkrisis einen ganz anderen, zugleich gefährlicheren Charakter trägt, als alle früheren politischen Revolutionen? Am auffallendsten jedoch ist, daß der Minister erst jetzt diese Ansicht gewonnen, da er doch den Vorschlag noch vor wenig Tagen im Ausschusse so warm unterstützte.... Goudchaur mit Heftigkeit: Das ist falsch! Jules Favre: Wie? Es ist falsch? Ich sage, es ist wahr! (Tumult.) Marrast, Präsident: Das ist unschicklich, ich rufe Sie, Bürger Favre, zur Ordnung! (Murren.) Für den Dupontschen Handels-Ausschuß-Entwurf des Art. 4. stimmten 338, dagen 428. Die Versammlung ließ demzufolge den Handels-Ausschuß-Entwurf ganz fallen und kehrte zur Berathung des Gesetzgebungs-Ausschuß-Entwurfs zurück, der in einem einzigen Artikel besteht, worin dem Schuldner nur die Schmach des Fallissements erspart wird, ohne ihn von irgend einer der im dritten Buch des Handels-Koder vorgeschriebenen Verpflichtungen zu entbinden. Wird angenommen. Mehrere Zusätze werden vorgeschlagen und besprochen. Endlich schreitet die Versammlung zur Abstimmung über den Zusatz Boudet's. Man verlangt Theilung. Die Saalwärter sammeln die Stimmzettel, und gegen 6 Uhr theilt der Präsident folgendes Resultat mit: Zahl der Stimmenden 714, absolute Majorität 358. Für die Annahme 477. Dagegen 247. Die Annahme dieses Boudetschen Zusatzes ist deshalb wichtig, weil sie dem Schuldner selbst in dem Falle die Hände bindet, wenn das Handelsgericht einen Akford zwischen Gläubiger und Schuldner bestätigt hat.

Der Polizei-Präfekt von Paris hat der National-Versammlung versichert, daß zwar eine gewisse Gährung in der Stadt herrsche, daß jedoch durchaus kein ernster Zusammenstoß zu fürchten sei. Eine Verordnung des Polizei-Präfekten macht dem wirklichen Ausrufen von Journalen und Druckschriften an jedem beliebigen Orte ein Ende. In Zukunft werden die Verkäufer klassifizirt und an bestimmte feste Plätze verwiesen, damit sie den freien Verkehr des Publikums nicht hemmen. Alle Verkäufer von Journalen auf den Strassen müssen um neue Erlaubnißscheine anhalten. Jeder Verkäufer muß eine Medaille tragen, und alles Ausrufen von Journalen ist bei strenger Bestrafung untersagt.

— Der Moniteur zeigt an, „daß Hr. und Mme. Armand Marrast morgen Donnerstag eine glänzende Soirée geben.“ Hr. Marrast scheint entschlossen, die Produktion und Consumtion durch den Luxus heben zu wollen. Unsere Fabrikwelt findet aber den Präsidial-Luxus nicht genügend; sie seufzt vielmehr nach einem schwelgerischen Hofe, der einige Dutzend Russische Fürsten und einige Hundert Englische Reiche für den nächsten Winter nach Paris zöge. Die Produktions- und Consumtionsweise muß eine andere Gestalt annehmen, oder wir gehen, trotz der Cavaignacschen 50,000 Mann Garnison, einem unerhörten Blutbade entgegen. Es fragt sich aber: will die jetzige Nationalversammlung diese Aenderung hervorbringen und ist sie es im Stande?

— Wie aus Paris geschrieben wird, hat vor drei Tagen bei dem Minister-Präsidenten General Cavaignac eine außerordentliche Ministerversammlung unter Zuziehung der Präfekten des Seinedepartements und der Polizei, des Präsidenten der Nationalversammlung und von etwa 20 Mitgliedern derselben von verschiedenen Farben stattgefunden, um gewissermaßen eine Berathung über die gegenwärtigen Zustände der Republik und die Maßregeln zu halten, von deren Befolgung für das Gemeinwohl Abhülfe zu erwarten stehen würde. Schon seit einiger Zeit wird von dem um die Republik am wenigsten bangen Blatte der Lärmruf von der Reaktion erhoben, werden die Parteigänger der Monarchie mit Drohungen überhäuft. Auch bei dieser Privatberathung ist die Rede hierauf gekommen und man sah sich einander an den Mienen an, das Vaterland sei in Gefahr. Einig war man von Anfang, daß trotz der Unzuträglichkeiten der Veröffentlichung aller zu dem Bericht der Mai-Juni-Untersuchungskommission gehörenden Aktenstücke die dreimalige Abstimmung der National-Versammlung hierüber aufrecht erhalten werden müsse. Auch erklärte General Cavaignac, daß er für seinen Theil, da die Sachen einmal so weit gediehen seien, weder die Macht noch auch den Willen habe, dem freien Laufe der Verhandlungen hinderlich zu sein, möge das daraus hervorgehende Resultat sein welches es wolle. Außerdem kam die feindselige Stimmung der Provinzen gegen die Hauptstadt und gegen die Republik zur Sprache, eine Stimmung, die so ansteckender Natur sei, daß wenn die Regierung nicht bei Zeiten ein Gegengewicht einlege, man bald keine Zeit mehr dazu haben werde. Die Departementspresse sei, mit Ausnahme eines wenig einflußreichen republikanischen Theils, schon vollständig in diese Bewegung hineingezogen. Die Pariser Bevölkerung, selbst mit Einschluß der Arbeiter, fange an die Ansicht zu hegen, daß Arbeit und Geschäfte unter der Republik nicht wieder emporkommen würden, daß aber ein König im Stande wäre, das Vertrauen plötzlich wieder herzustellen. Die Versammlung war jedoch am meisten betroffen, als bei Betrachtung der Lage des Handels und der Industrie der zunehmende Verfall, und das bei der Annäherung des Winters, sich herausstellte.

— In den letzten Tagen hat die Polizei eine Menge legitimistischer Fingerringe mit dem Bildnisse des Grafen von Chambord oder Heinrich V., welchem zur Seite stehend ein Arbeiter mit gezogenem Säbel und ein General auf der andern eine mit Lilien geschmückte Krone auf das Haupt setzen, aufgefunden.

— Mit dem Belagerungszustand und der Transportation einiger Tausend Insurgenten, Maßregeln die wir übrigens vollkommen billigen, sind wir noch nicht über alle Berge. Der Hunger ist der zuverlässigste Bundesgenosse der rothen Republik, er verschafft ihr mehr Rekruten als sie nöthig hat, um der Gesellschaft von neuem den Handschuh hinzuwerfen. Es ist aber nicht zu läugnen, daß die Lage unserer Arbeiterklasse von Tage zu Tage schwieriger wird. Ueberall in den Departements wie in der Hauptstadt zittert man vor dem Winter. Es ist nicht wahr, was vielfach behauptet wird, daß der Handel und die Arbeit seit einiger Zeit sich von neuem zu beleben anfangen; im Gegentheil greift das Elend immer mehr von unten nach oben um sich. Anfangs war es der Pöbel, dann der Handwerker, der auf die öffentlichen Almosen verwiesen war, jetzt giebt es bereits eine große Anzahl von Kleinhändlern und Krämern, die ganz in der Stille auf die Mairien schleichen, um Brotscheine zu erbitten. Gott weiß, wie das enden wird. Dazu kommt, daß der Staatsschatz an der galoppirenden Schwindsucht leidet und früher oder später die den Armen zu leistenden Unterstützungen beschränken muß. Was dann aber? Deshalb meinen wir, daß man der Niederlage der Demagogen in den Municipalwahlen kein allzu großes Gewicht beilegen soll. Nichts wäre irriger als in derselben eine Bürgschaft für die Aufrechthallung der Ordnung sehen zu wellen.

— Olivier hat den etwa 100 Frauen, die sich gestern von der Pforte St. Denis in die Nähe der Nationalversammlung bewegten, die Petition um Verleihung einer allgemeinen Amnestie für die Insurgenten abgenommen und der National-Versammlung überreicht. Ernste Ruhestörungen haben nicht stattgefunden.

— Ein Rundschreiben des Ministers des Innern fordert die Präfekten auf, die Verfertigung von Schieß-Baumwolle zu verhindern, weil darin erstens eine große Gefahr für den Staat liege und zweitens dem Schatze (wegen des Pulver-Monopol's) großer Verlust erwachse.

— Der „Courrier français“ meldet, daß unser Gesandter in Rom amtlich gegen den Einfall der Oesterreicher in den Kirchenstaat protestirt und von Radetzky, den er in seinem Hauptquartiere gesprochen, zur Antwort erhalten habe, sein Zweck bei dem Einmarsche sei bloß gewesen, den von seinen Unterthanen bedrückten Papst zu befreien. — Der „National“ sagt: Man kündigt an, daß Venedig den Waffenstillstand Karl Albert's zu genehmigen verweigere und sich durch den Schritt des Königs nicht gebunden erachte.

Großbritannien.

London, den 17. August. Die gestern erwähnte Rede Disraeli's in der Italienischen Angelegenheit und die Vertheidigungsrede Palmerston's gehören zu den bedeutsamsten Vorgängen im Unterhaus während der gegenwärtigen

(Mit einer Beilage.)

Parlamentssession. Hr. Disraeli übergoß die Politik des Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten mit der scharfen Lauge einer beißenden Kritik, und wenn schon hier und da in seiner Rede jene sophistische Unredlichkeit oder Einseitigkeit und Uebertreibung wahr genommen wird, wie sie der bloß scharfsinnig witzigen, nur auf Polemik berechneten Auffassung der Dinge eigen ist, so ist doch anderseits nicht zu läugnen, daß seine Rede, wenn auch nicht durchgängig wahr, doch reich an einzelnen Wahrheiten ist. Wir können uns hier nur auf Mittheilung des Nothwendigsten aus diesem langen Vortrage beschränken. Zuvörderst geißelte Disraeli die sog. Vermittelungspolitik Großbritanniens in den Ital. Angelegenheiten, namentlich die Sendung des Lords Minto. Die Engl. Minister, sagte der Redner, fürchteten ohne Noth, daß es Oesterreich beikommen könnte, einen Einfall in die Staaten des Königs von Sardinien zu machen; da haben sie Lord Minto hingesandt, und diesem gelang sein Versuch, die Oesterreicher von einem Einfall in die Staaten des Königs von Sardinien abzuhalten, so gut, daß zwar nicht die Oesterreicher Sardinien, sondern umgekehrt Sardinien die Oesterreicher angriff. Sodann schien es den Ministern nöthig, diplomatische Verbindungen durch denselben Minto mit dem Papste anzuknüpfen, und die Folge davon war, daß der Papst als weltlicher Herrscher so gut wie zu existiren aufgehört hat. Da nun Lord Minto in Ober- und Mittelitalien so treffliche Dienste geleistet hatte, so schickte man ihn auch nach Unteritalien, um die Sicilianer mit ihrem Könige auszusöhnen; der Lord machte sich an das Vermittelungsgeschäft, und die Folge dieser Vermittelung war, daß Sicilien sich von Neapel nicht nur in legislativer, sondern auch in politischer Hinsicht losriß. Der Redner suchte nun von dem Wesen und Zweck einer Vermittelung dem Hause einen klareren Begriff beizubringen; entweder solle dadurch einem unnützen Blutvergießen in einem langen und endlosen Kriege, oder gewissen Beläßtigungen des Handels ein Ende gemacht werden. Diese Objekte einer Vermittelung fehlten aber gänzlich in Oberitalien, denn der Krieg sei hier zu Ende, es gebe mithin Nichts mehr zu vermitteln. Vielleicht sei auch Palmerston ein Anhänger jener „sentimentalen" Politik, die Nichts mehr nach Verträgen und Alten Rechten, sondern nur noch nach den Ansprüchen und Aufwallungen der Nationalitäten etwas frage. Nun denn, wie könne ein Anhänger dieser sogenannten Nationalpolitik eine Ausgleichung treffen, wornach das Venetianische, das eben so groß und wichtig sei als das Lombardische, Oesterreich erhalten werden solle? Wie könne Palmerston, wenn er konsequent sein wolle, fortfahren, sich auf Grund alter Verträge und Bürgschaften Hollands und Dänemarks gegen Deutschland bei Ansprüchen anzunehmen, welche im Namen Deutscher Nationalität erhoben würden?

London, den 19. Aug. Im Unterhause brachte, als der Antrag gestellt ward, daß das Haus als Subsidien-Comité sitze, Herr Christie die vorgeschlagene Ueberlassung der Vancouver-Insel an die Hudsonsbay-Gesellschaft zur Sprache, indem er mancherlei Bedenken dagegen erhob. Nachdem mehrere Redner für und gegen die beabsichtigte Maßregel gesprochen hatten, stellte Hr. Hume den Antrag, daß die Königin in einer Adresse ersucht werden solle, die Vancouver-Insel der gedachten Gesellschaft nicht zuzusprechen, bevor eine vollständige Untersuchung angestellt und der Werth der Insel in Bezug auf ihre Lage, ihre Bodenerzeugnisse &c. gehörig ermittelt sei. Bei der Abstimmung wurde der Humesche Antrag verworfen, und das Haus saß als Subsidien-Ausschuß. Für den Unterricht in Irland wurden 90,000 Pfd. St. ohne Widerspruch genehmigt; über die Bewilligung von 2000 Pfd. St. für Gehälter der Professoren zu Oxford und Cambridge entspann sich eine Debatte, die damit endigte, daß die Summe genehmigt wurde. — Am Schlusse der Sitzung wurde noch die Bill zur Beseitigung von Bestechungen &c. bei Parlaments-Wahlen, trotz des Widerspruches der Herren Sibthorp und Hobhouse, zum drittenmale verlesen und angenommen.

— Aus Dublin wird unter dem 18. Aug. berichtet: Heute Morgen sind 15 des Hochverraths oder Aufruhrs angeklagte Personen, worunter Meany, Brennan, O'Higgins und Taaffe, nach Kingstown abgeführt und an Bord eines Staats-Dampfboots gebracht worden, welches unverzüglich nach dem Norden abfuhr. Es heißt, daß man sie nach dem Fort St. Georg in Schottland transportiren werde. Die hier und in Waterford errichteten Lager sind aufgehoben worden. Unter dem hiesigen Publikum erregen die Verhandlungen vor dem Assisenhofe gegen die wegen Hochverraths verhafteten Individuen wenig sichtbare Aufmerksamkeit.

— Nach weiteren Berichten aus New-York vom 5. August wurde am 2ten in Washington dem Repräsentantenhause, als Antwort auf seine Anfrage hinsichtlich der Stärke des Heeres nach dem Kriege, in einer schriftlichen Botschaft des Präsidenten erklärt, die Armee solle dieselbe Truppenzahl behalten, wie vor dem Kriege, d. h. 16,000 Mann ohne die Offiziere. Die Oregonbill wurde sodann erörtert und der Vorschlag, die Verordnung von 1787 über das Nordwestgebiet, d. h. das Verbot des Sklavenhaltens, auszustreichen, mit 114 gegen 88 Stimmen verworfen. Im Senat, an welchen die Bill jetzt gelangt, wird dies Verbot der Sklaverei wahrscheinlich ausgestrichen werden. Nach einem der Botschaft des Präsidenten beigelegten Berichte des Kriegs-Secretairs beträgt die Gesammtzahl der Indianer in Oregon, Neu-Mexico und Calfornien nur 72,139; sie können also keine gefährlichen Gegner der Union sein. — Der erste Versuch, die Draht-Hangebrücke über dem Niagarafalle mit beladenem Fuhrwerk zu passiren, ist am 2. August vollkommen geglückt.

— Gestern Abend fanden dahier mehrere Versammlungen von Chartisten und Conföderirten Statt; die Polizei hatte aber Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Störungen der öffentlichen Ruhe an den verschiedenen Zusammenkunftsorten zu verhüten. Zu Islington erschienen, zum ersten Male bei solchem Anlasse, ein Dutzend Polizeimänner in vollständiger Uniform im Saale, um sofort jeden Redner, der eine hochverrätherische Sprache führe, in Haft zu nehmen. Die Wortführer äußerten sich aber sehr gemäßigt und erklärten, zur Durchsetzung der Volkscharte bloß gesetzliche Mittel anwenden zu wollen. Zwischen 10 und 11 Uhr trennten sich die Versammlungen, ohne daß es irgendwo zu Excessen oder zu Conflicten mit der Polizei kam. Dieser Tage sind hier und zu Manchester mehrere Führer der Chartisten festgenommen worden.

Spanien.

Madrid, den 15. August. Ein Schreiben aus Puertorico vom 11. Juli enthält die interessante Nachricht, daß die Ehre der Spanischen Waffen einen neuen Glanz erhalten hat. Die gewaltige Empörung auf den Französischen Antillen hatte sich auch bis auf die Dänische Insel St. Thomas, die nächste an Puertorico, fortgepflanzt. Die Neger hatten sich empört und erklärt, daß sie den ihnen zugestandenen Termin von 12 Jahren, nach welchem sie ihre Freilassung erhalten sollten, nicht anerkennten, sondern ihre unmittelbare Freilassung verlangten. Der Gouverneur, ein bejahrter Mann, hatte nachgegeben, da indeß die Unordnung zunahm, so wandte er sich an den Gen.-Capitän von Puertorico und ersuchte denselben einzuschreiten. Dieß Begehren wurde sogleich bewilligt und wenige Tage nachher landeten 500 Mann Span. Truppen mit 2 Geschützen auf St. Thomas. Den Dänischen Truppen war es unterdessen gelungen, die Empörung etwas zu dämpfen: die Erscheinung der Spanier gab jedoch der Dänischen Behörde eine größere Zuversicht, und diese beschloß, in Uebereinstimmung mit dem Spanischen Befehlshaber, die ihr mit Gewalt entrissenen Zugeständnisse wieder zurückzunehmen. Die Anwesenheit der Spanischen Truppen auf St. Thomas dürfte die Ruhe daselbst bald vollkommen wiederherstellen.

— Nach Briefen aus Spanien im „National" hat in Catalonien eine Schilderhebung der Liberalen begonnen. Am 7. erschienen unter Molins 400 Insurgenten in der Ebene von Barcelona. Ihr Feldgeschrei lautete: „Freiheit für immer! Nieder mit der Regierung!" Am nämlichen Tage entwaffnete Molins die Carabiniers in zwei nicht unbedeutenden Städten, drei Stunden von Barcelona, und zog Abends in der Richtung von Vilanova weiter. Die jungen Leute von Barcelona zogen in Schaaren von 100 bis 150 Mann ab, um sich ihm anzuschließen. Am 9. hatte er schon über 700 Mann bei sich. Gleichzeitig wiegelte Oberst Baldviels die jungen Leute zu Reus auf und am 10. traten viele Soldaten der Armee in die Reihen der zwei Insurgentenführer. Es heißt auch schon, daß an mehreren Orten die Besatzungen theilweise zu den Insurgenten übergegangen seien. In Catalonien herrschte überall Bestürzung. General Vigneras hatte Verstärkungen begehrt.

Portugal

Englische Nachrichten aus Lissabon reichen bis zum 9. August. Stadt und Land waren vollkommen ruhig; das neueste ist, daß einige Straßen Lissabons jetzt mit Gas beleuchtet sind. Ein Gerücht ging: in Cintra sei auf die Königin geschossen worden; dieß scheint grundlos zu sein, gewiß aber ist, daß die Besatzung in Cintra verstärkt worden, und daß Doña Maria jetzt nur unter Bedeckung ausfährt.

Schweiz.

Zug. — In diesem Kanton ist die Bundes-Verfassung mit 1780 gegen 803 Stimmen verworfen worden.

Neuenburg. — Am 17. August nahm der Große Rath den Bundes-Entwurf an; nur Lardy und von Yvernois stimmten dagegen.

Basel, den 19. August. Nachdem seit Anfang der Woche etwa 150 Italienische Flüchtlinge durch unsere Stadt nach Frankreich gezogen und in St. Louis ohne Anstand weiter instradirt worden waren, ist heute neuerdings ein Trupp von funfzehn solcher Flüchtlinge durchpassirt, in St. Louis aber zurückgeschickt worden, mit dem Bemerken, daß nur solche in Frankreich eingelassen würden, welche hinlängliche Ausweisschriften und Geldmittel haben. Dies ist natürlich bei den allerwenigsten der Fall, und die tessinischen Laufpässe, die sie besitzen, gelten nicht als gehörige Ausweispapiere. Der kleine Rath hat sofort Mittheilung davon an sämmtliche Schweizerischen Polizeien auf den Italienischen Routen gemacht, um jeden weiteren Zufluß zu verhindern. Ferner anlangende bedürftige Flüchtlinge sollen odentlich verpflegt, mit einem Zehrpfennig versehen und auf demselben Wege zurück instradirt werden, auf dem sie gekommen.

Italien.

Il Corriere mercantile di Genova meldet die Ankunft eines Couriers, der mit Depeschen von Karl Albert nach Venedig geht; wie es heißt, werden die Venetianer darin aufgefordert, kräftige Gegenwehr zu leisten und die Capitulation von Mailand wird dargestellt, als ob sie unvermeidlich nothwendig gewesen und blos dadurch die Armee gerettet worden wäre. Karl Albert wird, so heißt es ferner, den Krieg kräftig fortsetzen und Frankreich habe bereits seine Hilfe zugesagt. Der Courier ging sofort nach Venedig ab.

— Das Journal des Débats giebt eine eigenthümliche Version der Art und Weise, wie Marschall Radetzky Karl Albert überlistet hätte. Unbegreiflich sei es bisher gewesen, wie Karl Albert eine so ausgedehnte und daher schwache Linie von Goito nach Rivoli inne gehabt, und sein Hauptcorps auf Mantua zugesandt, während er nur 15,000 Mann an der Etsch zurückgelassen. Die Sache hätte sich also verhalten. Ein Oesterr. Major von Mantua hätte sich absichtlich gefangen nehmen lassen und hätte den König glauben gemacht, daß er ihm für 1 Mill. Frs. die Veste überliefern könne, wenn er mit großer Streitkraft vor Mantua erscheine. Der König ging in die Falle, gab dem Major die Erlaubniß,

nach Mantua zurückzukehren, und folgte ihm mit dem Gros des Heeres. Radetzky, von Allem unterrichtet, verließ eiligst Verona, rückte nach Somma Campagna vor, wo es ihm dann gelang, das Piemontesische Heer zu durchbrechen.

Palermo, den 1. August. Gestern, und was ziemlich merkwürdig ist, am St. Ignatiustag hat die Deputirtenkammer den Jesuiten- und alle mit demselben verbundenen oder verwandten Orden aufgehoben. Die fremden Mitglieder sollen das Land meiden, die Staatsbürger hingegen mögen bleiben und erhalten einen sehr mäßigen lebenslänglichen Gehalt. Die Büchersammlung aller Fächer, ferner die Sammlung der physischen und chemischen Instrumente gehen erstere an die öffentlichen Bibliotheken, letztere an die Universität über. Da ein feindlicher Schritt gegen den Orden sich schon seit geraumer Zeit vorausfühlen ließ, so soll auch alles baare Geld und was von Kostbarkeiten u. s. w. sich vorfand, verschwunden sein.

— Nach Berichten scheint das nach seiner ganzen Perfidie offenkundig gewordene Betragen Karl Albert's für den edlen und wahrhaften Pius IX. eine sehr gute Wendung zu nehmen, denn die Italiener sehen ein, wie sehr der Pabst Recht gehabt, sich von jeder nähern Verbindung mit einem so zweideutigen Charakter, wie Karl Albert, zurückgehalten zu haben — eine Festigkeit, in der Graf Rossi vor Allem Se. Heiligkeit unterstützt hat. Freilich mag die neue Gunst, welche Papst Pius IX. wiederum bei den Römern zu genießen anfängt, und die am Abend des 12. August in einer großartigen Demonstration ihren Ausdruck finden sollte, ihren hauptsächlichsten Grund darin haben, daß derselbe allen kriegerischen Bestrebungen der Römer immer mehr connivirt und bereits Fahnen und Standarten der Regimenter den Segen zu ertheilen beginnt.

— Im Königreiche Neapel hat sich die Ruhe nach und nach völlig befestigt. Die Armee ist mehr als je für den König, und dieser wagt sich jetzt wieder aus seinem Schlosse heraus, das er bisher zu verlassen sich scheute. Die Flotte, die er ausgesandt, um Sicilien wieder unter sein Joch zu beugen, vierzehn Segel stark, ist unvermuthet wieder in den Hafen gelaufen, da widrige Winde sie zurücktrieben. Man spricht davon, daß der Herzog von Genua die Krone Siciliens ausgeschlagen habe; dies dürfte jedoch die Sicilianer schwerlich bestimmen, die Friedens-Vorschläge Ferdinand's II. anzunehmen.

Rußland und Polen.

Warschau, den 24. August. Die hiesigen Schneidergesellen Joh. Marschand, Konst. Kalinowski, Kasim. Bazylski und Fel. Fialkowski sind vom Kriegsgericht für schuldig befunden worden, daß sie sich im Monat März d. J. über die damaligen politischen Ereignisse in Frankreich und Deutschland unterhalten und daß sie dabei den Vorsatz gefaßt haben, einen Aufstand in Warschau vorzubereiten. Zu diesem Zwecke machten sie Bekanntschaft mit einigen Soldaten, die jedoch die Behörden davon in Kenntniß setzten. Für dieses Vergehen hat der Königl. Statthalter, nach Bestätigung des Urtheils des Kriegsgerichts, unterm 7. d. M. verordnet: den Marschand, Kalinowski, Bazylski und Fialkowski aller Staatsrechte verlustig zu erklären und Spießruthen laufen zu lassen, und zwar den Marschand durch 500 Mann zweimal, die übrigen drei ebenfalls durch 500 Mann einmal, ferner alle vier auf 10 Jahre nach Sibirien zu schweren Festungs-Arbeiten zu schicken. Dieses Urtheil wurde am heutigen Tage um 8 Uhr Morgens auf dem hiesigen Exercierplatze vollzogen. (Schl. Ztg.)

Ostindien.

Die Singapore Free Press vom 3. Juli meldet nach Berichten aus Batavia vom 14. Juni, daß ein am 8. und 9. Juni von der nach Bali abgesandten Holländischen Expedition unternommener Versuch, Dschaga Raga auf Bali zu nehmen, fehlgeschlagen ist. Die Holländer wurden nach einem blutigen Gefechte von den stark verschanzten Balinesen gezwungen, sich an die Küste zurückzuziehen. Sie verloren an Todten und Verwundeten 14 Offiziere (darunter 6 getödtete), 104 Europäische, 25 Afrikanische und 113 eingeborne Soldaten. Man glaubt, die Expedition werde in Folge dieses Unfalls möglichst abgekürzt werden. Nach Sula waren im April zwei Holländische Kriegsbriggs geschickt worden, um die Auslieferung einer Anzahl von den Seeräubern gefangener Individuen zu verlangen; da dieselbe verweigert wurde, schossen die Schiffe am 23. April die Stadt in Brand.

— Der Hafen Menado auf Celebes, ist von den Holländern dem Handelsverkehr freigegeben worden.

— Die Dänen haben ihre Niederlassung auf den Nicobaren aufgegeben. Die im Dienste der Regierung befindlichen Kulihs sind von der Kriegssloop „Walkyrien" am 16. Juni nach Pinang gebracht worden. Die Pinang Gazetta will wissen, daß auch die Dänische Faktorei auf Pinang alsbald aufgegeben werden soll.

Marktbericht. Posen, den 25. August.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf., auch 2 Rthlr. 11 Sgr. 1 Pf.; Roggen — Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Gerste 24 Sgr. 5 Pf. auch 26 Sgr. 8 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 20 Sgr. — Pf.; Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rtl. 1 Sgr. 1 Pf.; Erbsen — Rtl. — Sgr. — Pf., auch — Rtlr. — Sgr. — Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.

Posen, 28. Aug. Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tr. $18\frac{1}{2}$—$18\frac{1}{2}$ Rthlr.

Breslau, den 26. August.

Weizen, weißer, 58, 62 bis 65 Sgr., gelber dto. 57, 61 bis $63\frac{1}{2}$ Sgr.; Roggen 30, 33 bis 36 Sgr.; Gerste 21, 23 bis 25 Sgr.; Hafer 16, 17 bis 18 Sgr.; Rapps 75 bis 77 Sgr.; Spiritus Kleinigkeiten à 9 Rthlr. bez.; Rüböl $10\frac{1}{4}$ loco Brf., $10\frac{1}{3}$ auf Lieferung Brf.; Zink $3\frac{5}{6}$ ab Gleiwitz zu haben.

Bei bedeutender Zufuhr wurden heute doch für Weizen bessere Preise angelegt als gestern, und zu Ende des Marktes sogar über Notiz bezahlt.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.
